



HESSISCHER LANDTAG

14. 08. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Zukunft hessischer Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung, eine tatsächliche Ist-Analyse des derzeitigen Lehrkräftebedarfs sowie der Schülerzahlen vorzunehmen. Dabei muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass aus dem Ruhestand zurückgerufene Lehrerinnen und Lehrer sowie noch in der Ausbildung befindliche Lehrkräfte den Bedarf nicht decken. Die Beschäftigung dieser Menschen im Regelschulbetrieb zeigt deutlich, dass ein großer Mangel vorhanden ist.
Ebenso müssen alle Schülerinnen und Schüler bei der Errechnung der Schülerzahlen mit berücksichtigt werden - auch jene, die sich beispielsweise in den Intensivklassen befinden.
2. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass Unterrichtsausfall flächendeckend erfasst wird. Die Abfrage der Hessischen Landesschülervertretung zum Unterrichtsausfall im April dieses Jahres hat deutlich gemacht, dass dieser zum Schulalltag in Hessen gehört. Das deckt sich mit zahlreichen Berichten aus der schulischen Praxis.
3. Der Landtag setzt sich dafür ein, die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen nochmals deutlich zu erhöhen.
Besonders müssen auch die Kapazitäten für den Vorbereitungsdienst deutlich erhöht werden, damit mehr Studienabsolventinnen und Studienabsolventen erfolgreich das zweite Staatsexamen ablegen können. Dazu gehört auch, dass Mentorinnen und Mentoren an den Schulen zeitlich entlastet und angemessen entlohnt werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ernsthaft zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen, um die Besetzung von 26.000 Lehrerstellen bis 2030 für die Grundversorgung sicherzustellen.
Des Weiteren soll geprüft werden, wie hoch der zusätzliche Lehrkräftebedarf für die Umsetzung der drei hauptsächlichen Bildungsziele der Landesregierung bis 2030 ist: Inklusion, Ganztagschulen, Integration.
5. Der Landtag fordert von der Landesregierung, den Lehrkräftebedarf der beruflichen Schulen in Hessen realistisch darzustellen und eine Prognose bis 2030 zu erarbeiten.
Dabei müssen die Trends berücksichtigt werden, die durch die Anforderungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt anstehen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, die Besoldung für Grundschullehrkräfte unverzüglich auf A 13 anzuheben.
7. Der Landtag setzt sich dafür ein, die zahlreichen Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und Schulleitungen ernst zu nehmen, statt sie zu ignorieren.
Überlastung gefährdet offensichtlich die Gesundheit der Lehrkräfte und dem kann nur mit einer deutlichen Entlastung entgegengewirkt werden. Daher müssen die Pflichtstunden sowie die gesamte Wochenarbeitszeit reduziert werden. Es bedarf deutlich kleinerer Klassen, Doppelbesetzungen und multiprofessioneller Teams.
Für Verwaltungs- und IT-Aufgaben müssen entsprechende Fachkräfte an den Schulen beschäftigt werden.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung dementsprechend auf, eine angemessene Gesundheitsvorsorgestrategie für Lehrkräfte und Schulleitungen zu entwickeln und umzusetzen.

9. Der Landtag fordert zudem die Landesregierung auf, eine sofortige Bedarfsanalyse "Schulgebäudesanierung" hessenweit in Auftrag zu geben, um den Bedarf zuverlässig abschätzen zu können. Bezogen auf das Kommunale Investitionsprogramm muss eine fundierte Sanierungsplanung erarbeitet werden.

Begründung:

Im März dieses Jahres gab die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag bei dem renommierten Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) eine Studie in Auftrag, die den Lehrkräftebedarf an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2030 erheben sollte.

Vor dem Hintergrund, dass weder die vom Hessischen Kultusministerium genannten Zahlen über Stellenbesetzungen mit Lehrkräften noch die vorgelegten Prognosen plausibel erschienen und auch die Berichte aus den Schulen ein ganz anderes Bild der Lehrkräfteversorgung zeigten, ist uns eine Bedarfsanalyse nötig.

Die Ergebnisse der FiBS-Studie bestätigen die Annahme, dass sowohl der Lehrkräftebedarf als auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Hessen bis zum Jahre 2030 wesentlich höher ausfallen werden, als das hessische Kultusministerium behauptet und in seiner Planung berücksichtigt.

So werden bis zum Jahr 2030 alleine 26.000 neue Lehrerinnen und Lehrer in Hessen benötigt, um den derzeitigen Standard an Unterrichtsabdeckung und Lehrer-Schüler-Relation zu halten.

Beides - sowohl Unterrichtsabdeckung als auch Lehrer-Schüler-Relation - sind in Hessen schon heute problematisch und keineswegs ausreichend.

Zusätzlich hinzukommende Aufgaben wie der Ausbau echter Ganztagschulen und die Schaffung eines inklusiven Schulwesens sind bei dieser Berechnung noch nicht berücksichtigt und erfordern einen noch weitaus höheren Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern - aber auch von pädagogischen Fachkräften.

Deutlich wird, dass das Land Hessen kein wirklich attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte ist.

Das liegt beispielsweise an der ungleichen Bezahlung von Grundschullehrkräften, an der höchsten Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte im Ländervergleich, an der überdurchschnittlich hohen Pflichtstundenanzahl und an der Praxis, immer weitere zusätzliche Aufgaben und Verpflichtungen an Lehrkräfte und Schulleitungen heranzutragen, ohne an anderer Stelle für Entlastung zu sorgen.

Daher ist Hessen auch deutlicher Spitzenreiter unter den Bundesländern, betrachtet man die Anzahl der Lehrkräfte, die aufgrund von Berufsunfähigkeit in den letzten drei Schuljahren in den vorzeitigen Ruhestand gegangen sind. Daher wundert die Vielzahl der Überlastungshilferufe nicht, die in den letzten zwei Jahren aus den Schulen heraus an das Kultusministerium adressiert worden sind. Diese Hilferufe jedoch sind alle ignoriert und unbeantwortet geblieben.

Um die hessischen Schulen zukunftsfähig zu machen, muss der Handlungsbedarf endlich auch vom Hessischen Kultusministerium sowie von der Hessischen Landesregierung anerkannt statt verschleiert werden. Die Schönfärbung der Zahlen und Prognosen muss ein Ende haben!

Denn nicht nur die in den nächsten Jahren weiter ansteigenden Schülerzahlen werden einen Mehrbedarf an pädagogischem Personal an den Schulen dringend erforderlich machen: Auch die Umsetzung von Inklusion, Integration und Ganzttag kann nur mit einer deutlichen Personalaufstockung gelingen.

Wiesbaden, 14. August 2018

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler